

Dringliche Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. März 1996

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordnete
Amke
Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie sind die in einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 4. März 1996 dargestellten Vorgänge beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, wonach der seit Januar amtierende Präsident des Bundesamtes, Hans-Georg Dusch, die Entscheiderinnen und Entscheider des Bundesamtes drängt, mindestens 44 Fälle im Monat abzuschließen, „freiwillig“ Überstunden zu leisten und insgesamt die Zahl der erledigten Fälle beim Bundesamt drastisch zu erhöhen, mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Asylverfahren, angemessene Arbeitsbedingungen der Entscheiderinnen und Entscheider und den geplanten Personalabbau beim Bundesamt vereinbar?
2. Abgeordnete
Amke
Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung die in der Frankfurter Rundschau vom 4. März 1996 erhobenen Anschuldigungen nachprüfen, und wenn ja, in welcher Form?
3. Abgeordneter
Volker
Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Treffen Berichte der Frankfurter Rundschau vom 5. März 1996 zu, wonach beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge Weiterbildungsprogramme für Entscheiderinnen und Entscheider eingestellt wurden, wenn ja, warum und wie wird ggf. die Qualifizierung der Bundesamtsbediensteten im Hinblick auf Länderhintergrundinformationen, nationales und internationales Flüchtlingsrecht und Befragung von u. a. traumatisierten Asylsuchenden sichergestellt?

4. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung auch vor dem Hintergrund der in der Presse (Frankfurter Rundschau vom 5. März 1996) zitierten Äußerungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Cornelia Schmalz-Jacobsen, zur Kritik gegenüber der Qualität der Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, wie sie von Menschenrechtsorganisationen wie z. B. amnesty international erhoben wird?

Bonn, den 5. März 1996